

Er scheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Son- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 s., 1/2jährlich 1.50 s.
jährlich 3.00 s. Durch
die Post bezogen 1.65 s.

„Die Neue Welt“
(Anzeigensabteilung). Durch
die Post nicht bezugsbar. Preis
monatlich 10 s., 1/2jährlich 30 s.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißfels-Zittau,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1007.

Redaktion und Expedition: Geißeckstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1008.

Nr 117

Halle a. S., Sonnabend, den 21. Mai 1898

9. Jahrg.

Wähler! Haltet das Wahlrecht! Seht die Listen nach!

Wahlkampf.

Agrarische Freiheit.

In dem Organ der Kommuner, der **Deutlich. Tagesztg.**, wird folgender sauberer Vorschlag gemacht: Jeder Arbeiter, der von der zuständigen Ortsbehörde irgendwohin ein Abzugsgewinn sich anstellen läßt, muß **30 Mark** hinterlegen. Sollte er unterjährig abgehört werden, so geht die Primatgewinde die 30 Mark ein, kehrt der Arbeiter heil und ganz zurück, so bekommt er die 30 Mark mit Zinsen wieder. In der That ein feiner Plan! Ein Landarbeiter, der 30 Mk. blank auf den Tisch zu zahlen imstande ist, ist in Ostpreußen ein weißer Robe. Wird also eine solche Maßregel durchgeföhrt, dann ist die Freizügigkeit für diese Arbeiter aufgehoben, sie sind mit ebenso festen Ketten an die Scholle gefesselt, wie zur Zeit der Leibeigenschaft! Derartige Pläne werden sich mehren wie Pilze nach dem Regen und sie werden unbedingt in Thaten umgesetzt, wenn wir einen reaktionären Reichstag erhalten. Wähler! Schützt die Freizügigkeit!

Dr. Buchnide

wurde seitens der Freisinnigen Vereinigung im Kreise Wangenleben aufgestellt. Die Freisinnige Vereinigung hatte bei der letzten Wahl daselbst nur 2059 Stimmen, die Sozialdemokraten hingegen 5439 und die Nationalliberalen, die den Kreis im Besitz haben, 7768. Es kommt also diesmal zur Stichwahl zwischen uns und den Nationalliberalen.

Wer ist konservativ?

Angesichts der Thatsache, daß der preussische Landtag jetzt gegen den Reichstag ausgestellt wird, verdient Erwähnung, daß im preussischen Landtage nicht weniger als **182 Großgrundbesitzer** und Agrarier sitzen. Sie sind natürlich sämtlich „**schneidig konservativ**“ Ihnen zur Seite stehen noch 20 andere Konservernate und Freilohnvaivare.

Ordnungsbrüderlicher Anstand.

Die fromme Geleitdicht. Jtz. giebt den auf's Land kommenden sozialdemokratischen Flugblattverteilern folgenden Rat: „Sollten die Volksglieder aber noch einmal Zuft verpiripen, zurück zu kehren, so raten wir ihnen, sich den Dänen gehörig zu wahren, verschiedene unserer wackeren Bauern sollen sich nämlich darauf freuen, den roten Gauen bei einer etwaigen Rückkehr mit langem Hafer auszukümmern.“

Eine Lehrverhärterung im großen Stile steht nach der **Recht. Zeitschr.** in Westfalen bevor. Wie das **W. Westf. Ztbl.** schreibt, sind an verschiedenen Stellen der Provinz, die Kreis-Gehaltsinspektoren aufgeföhrt worden, darüber zu berichten, wer von den Lehrern besonders verantwortung gemacht werden könne für die Dank- und Anerkennungsbriefe, die seiner Zeit dem Rektorat Quandel aus Anlaß des Fernstudiums zugelaufen worden sind. (Fernstudium war von dem Rektorat Quandel verschiedene Uebertreffe gegen die Lehrer beschuldigt worden und Quandel deshalb vor Gericht gekommen.) Im übrigen wird wohl eine Maßregelung diesmal ihrer besonders Schwierigkeiten haben, da ziemlich die ganze Lehrerschaft sich damals vollständig zu gunsten des Herrn Quandel erklärt hat. Dem nationalliberalen **W. W. Tagebl.** ist die ganze Angelegenheit besonders wegen der Wahlen unheimlich. Er ermahnt die Regierung dringend, schon mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen von ihrem offenkundig auf eine Maßregelung der Lehrer hinauslaufenden Vorhaben Abstand zu nehmen und fügt hinzu: „An allzu großer Freizügigkeit, die den kommenden Wahlen für die Regierung einzutreten, fehlt es ohnedies vielfach.“

Tagegeschichten.

Wie Eugen Richter „dementirt“. Im Handbuch für sozialdemokratische Wähler findet sich die Charakterisierung der Freisinnigen auch die Bemerkung, daß zur Zeit des Sozialistengesetzes ein Teil der freisinnigen Partei eine Verlängerung desselben dadurch herbeiföhrt hat, daß er sich von der Abkündigung fernhielt und so dem Gesetz eine Majorität sicherte. Das ist Herr Eugen Richter natürlich sehr unheimlich und er sucht sich in seiner freisinnigen Zeitung durch ein seiner beliebigen Rednerempele heraus zu winden. Er schreibt:

„Ein einfacher Blick in die amtliche Abstimmungsliste zeigt, daß damals jene Verlängerung mit 188 gegen 188 Stimmen angenommen worden ist, und daß von der über hundert Mitglieder zählenden Fraktion nur 13 Mitglieder fehlten. Keinem Fehlenden leitete die vom Handbuch untergeordnete Abstimmung wären auch sämtliche anwesend gewesen und eine Verlängerung des Sozialistengesetzes mit 188 gegen 171 (statt 188) Stimmen angenommen worden sein.“ Das letztere ist an sich richtig. Aber warum hätten die Drückberger nicht den Ausschlag gegen die Verlängerung

geben können? Weil die Sachlage viel schlimmer ist, als die kurze Bemerkung unseres Handbuchs sie erkennen läßt: weil nämlich sechszwanzig Mitglieder der damaligen freisinnigen Partei für die Verlängerung stimmten. Wir wollen Herrn Richters Gedächtnis etwas auffrischen. Es waren die **Hgg. Beiers, Ebert, Föhmann, v. Fördensfeld, Frieß, Goldschmidt, Grieninger, Hammer, Horwiz, Jegel, Kochmann, Link, Mager, Mayer Halle, Rommelen, Rane, Flügel, v. Schirmer, Schlutow, Schröder, Strauß, Thilenius, Wandler, Weitzel, Witte und Wölff.**

Hätten diese 26 damals gegen die Verlängerung gestimmt, so hätte die Abstimmung 184 gegen und nur 157 für die Verlängerung des Sozialistengesetzes ergeben. Herr Richter hat also keinen Grund, sich auf's hohe Pferd zu setzen. Denn was man schwarz auf weiß besitzt, läßt man sich nicht abstritten.

Gut gesagt. Die sehr objektiv gehaltene Deutsche Jurisprudenz schreibt zur lex Krone: „In Preußen ist das neue Privatdozentengesetz vom Abgeordnetenhaus genehmigt. Da dasselbe nach der Versicherung der maßgebenden Personen lediglich den Zweck hatte, die Stellung der Privatdozenten zu sichern, so dürfte die Stellung des Privatdozenten Dr. Krone nimmer gefährdet erscheinen.“ — Weisungen der kann die polnische Henglein nicht gezeigelt werden.

Ein Schuft. Wegen Kaiserbeleidigung hat in Hannover der **Monteur K.**, dessen Klame leider nicht vollständig genannt wird, seine Frau denunziert, nachdem sie das Verhältnis mit ihm aufgeföhrt hätte.

Das „große Mittel“ zur sogenannten „Mittelstands-ergaltung“. Bei der demnächst im preussischen Finanzministerium abzuführenden Sachverständigen-Konferenz wegen der Warenzölle und Quare soll insbesondere, wie die **W. Pol. Kor.** wissen will, auch die Frage zur Erörterung gelangen, inwieweit es sich empfehlen dürfte, eine Steuer einzuföhren, die sich nach dem Umfange der Geschäftsräumlichkeiten richten würde.

Sollte hinter dieser Mittelung nicht auch etwas Wahl-mache zu suchen sein?

Proffigler, Religion und Regierung. Der Streit der Arbeiter am **Wiesberg**, welche nicht an Feiertagen schufen wollen, ist Gegenstand einer Interpellation im preussischen Abgeordnetenhaus geworden. Es wurde vom Zentrum verlangt, die Regierung möge die Erlaubnis zum Arbeiten im **Wiesberger Brannere** zurückziehen, da diese Erlaubnis gegen das hannoversche Landesgesetz verstoße und nicht mit der Gewerbeordnung in Einklang gesetzt werden könne. Von einem „**Rosstand**“ könne keine Rede sein, denn es handele sich hier nicht um Arbeiten zur Bewältigung des Wasserandrangs, sondern um Rohlenförderung. **Minister Breßler** vertrat hierauf den kraftlosen Kapitalistenstandpunkt: Die „**Roslage**“ bestehe darin, daß das Bergwerk sich nicht rentiere, und daher müsse die Regierung sich auf Seite der Unternehmer stellen. Der Standpunkt der Regierung zeigt aufs deutlichste, wo der neueste Kurs angeht: Alles muß sich den Ausbeuterinteressen fügen, selbst die Religion!

Eisenbahnunfälle und Eisenbahnarbeiter. In **Bonn** wurde vor Gericht gegen einen Eisenbahnunterbeamten verhandelt, dem die Schuld an einem Unfall aufgeföhrt wurde. Der Sachverständige gab ohne weiteres zu, daß die Unfallstelle die gefährlichste auf der ganzen Strecke sei, daß schon längst der Oberalte einer Umerführung „ermogen worden sei“, daß ein Wächter an jener Stelle zur Bewältigung des Dienstes nicht ausreichte, daß nach dem Unfall zwei Wärter angestellt worden seien. Immer die alte Geschichte! Erst ein Unfall kann die Behörde veranlassen, Uebelstände zu beseitigen, das Personal zu entlassen.

Wegen Kaiserbeleidigung, begangen in einer Versammlungsrede, ist **Genosse Voghter** in Berlin unter Anklage geföhrt worden. Auch eine Ministerbeleidigung soll er in einer Rede begangen haben.

Wegen Kaiserbeleidigung in Verbindung mit Widerstand gegen einen Genannten wurde am 16. Mai in Raumburg der arbeitslose und vielfach vorbestrafte **Fischer Friedrich Konforte** zu **1 Jahr 6 Monaten** Gefängnis verurteilt.

Ausland.

England. Am gestrigen Donnerstag ist in London im Alter von 89 Jahren der langjährige und mehrmalige Ministerpräsident **Glafstone** gestorben. Er war lange der Führer der Liberalen in England.

Krieg zwischen Spanien und Nord-Amerika.

Zahlreiche Einwohner von New-Orleans verlassen die Stadt.

wel sie eine Verhinderung der Stadt durch die Spanier be-sürchten.

Die **Spanische Ministerkrise** ist durch Verlegung sämtlicher Ministerposten erledigt.

Genoerene und einander widersprechende Mitteilungen über stattgehabte Zusammenkünfte zwischen den feindlichen Regierungen sind zu unklar, als daß vorerst eine Registrierung geboten er-scheint.

Polizeiliches und Gerichtliches.

8 **Freiwilligen** wurden in **Wolff** mehrere **Wächter**, die großen Unlug dadurch verübt haben sollten, daß sie einem Streif-broker auf der Straße ausgereicht hätten, er solle nicht in den be-zugenden Bereich weiterreisen. Das Gericht hielt das Ver-greifen der Streifenführer für strafbar. — So ist's in **Wolff**, aber wie urteilen andere Gerichte?

Parteinachrichten.

— **Genosse Rebel** giebt nicht an, er bis zum 15. Juni vollständig befreit ist, neue Vorträge also nicht übernehmen kann. — **Verleumder** bei der Arbeit. Gegen **Gen. Dr. Lütge-nau** in Dortmund ist ein Brief mit der Behauptung verbreitet worden, er habe Zeitungsgelder unterschlagen und diese Unter-schlagung bereits eingestanden. Lütgenau hat den Brief der Staats-anwaltschaft übergeben mit dem Ersuchen, den Schreiber zu er-mitteln oder über ihn zu verfügen. Eine Untersuchung einzu-leiten.

Lokales und Provinziales.

Halle a. S., d. 20. Mai 1898.

* **An die Parteigenossen** richtet unser alter Vieh-knecht im **Bowwitsch** folgende Mahnung:

Mit der massenhaften Nachfrage nach Rednern, und zwar meistens nach „auch in breiteren Kreisen bekannten“ Rednern kann — um uns geschäftsmäßig auszubringen — das Angebot unmöglich Schritt halten. Die Genossen müssen nur bedenken, daß wir in der Mehrzahl aller Wahl-kreise ernstlich zu kämpfen haben und daß bis zum Wahltag einige tausend Versammlungen nötig sind. Wo sollen da für alle Kreise und alle Versammlungen die „bekanntesten“, die „zugänglichsten“ Redner herkommen? Niemand kann sich verteilen, und einige unserer Genossen müssen sich beschubert verteilen, wollen sie allen Einladungen folgen. Das sieht jeder Genosse ein, der sich die Sache überlegt. Da nur Versammlungen nicht zu bestehen sind, so wird man sich in den meisten Fällen entschließen müssen, die Versammlungen mit den einheimischen, am Ort vorhandenen Kräften abzuhalten. Und ist denn das ein Unglück? Die Genossen mögen nur einen Blick in die Vergangenheit thun — in die Zeiten des **Bismarckschen Schandgesetzes** — das 1878 erlassen ward, um den „gemeingefährlichen Völkerverwü-derer“ der reaktionären Unflüchter und unferlichen Großgrundbesitzer Vorbehalt zu leisten, derselben Herren, die durch die jetzigen Wahlen obenau kommen wollen. Damals durften wir lange Zeit so gut wie keine öffentlichen Volks- oder Wähler-Versammlungen abhalten. Und doch haben wir agitiert. Und doch haben wir geiegt. Und doch sind wir unter der Herrschaft des **Bismarckschen Schandgesetzes** die stärkste Partei Deutschlands und — nach **Epwids** bekannter Aeußerung — aus schließlich gebende Partei geworden. Wodurch? Nicht durch Versammlungen und Versammlungsreden, denn das Versammlungsrecht war für uns aufgeföhrt. Durch die Organisation — durch die planmäßige und vollständig durchgeföhrt verteilte der Stimmzettel, Wahlkapulle und Flugblätter. Diese Organisation ist die Hauptfrage. Auf sie ist vor allem das Augen-merk zu richten. Hier gilt es prüfenden Auges zu forschten, ob alles klappt, und mit sorgsamem Hand den Mängeln ab-zuhelfen, Schäden zu heilen und Lücken auszufüllen.

Wir unterschätzen gewiß nicht den Wert einer gedankens-reichen, zündenden, begeisterten Rede. Allein ein gut verteiltes, das heißt allen Wählern zugänglich gemachtes Flugblatt ist besser als die beste Rede, die günstigsten Falles nur von einem vergleichsweise kleinen Teile der Wähler ge-hört werden kann. Das sagt jedem der gesunde Menschen-verstand.

Die Verteilung der Flugblätter ist aber Sache der Organi-sation.

Und wenn der österreichische Feldmarschall von Krieg sagte: was wir brauchen, ist erstens Geld, und zweitens Geld, und drittens Geld, so sagen wir vom Wahlkampf:

Was wir brauchen, ist erstens Organisation, und zweitens Organisation, und drittens Organisation. Geld ist natürlich auch von nöten. Doch wenn wir die Organisation haben, dann haben wir auch Geld.

Also nicht auf „bekannte“ oder gar „berühmte Redner“ gebaut, sondern auf die eigene Kraft! Selbst ist der Mann! Und Organisation, Organisation, Organisation und nachmals Organisation!

Chronik auf das Jahr 1848.

21. Mai. Ausbruch bedeutender Unruhen in Mainz. Zwischen der Bürgergarde der Festung und den dort liegenden preussischen Truppen bestand schon seit dem Frühjahr eine peinliche Spannung. Mehrfach waren Soldaten angegriffen worden, wogegen die Haltung der Truppen auch nicht gerade verständig war. Am Abend des 21. erfolgte ein heftiger Zusammenstoß, bei dem drei Soldaten getötet und eine Menge Bürger und Soldaten verwundet wurden. Es wurde daraufhin der Belagerungszustand über die Stadt erklärt, die Bürgergarde entwaffnet und mit der Beschießung der Stadt durch glühende Kugeln gebrüht. Diese Vorfälle führten in der Frankfurter Nationalversammlung wenige Tage nach ihrem Zusammentritt zu erregten Auseinandersetzungen. Die Demokraten forderten den Abzug der preussischen Garison. Die Majorität entschied sich, über die Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen, jedoch im Vertrauen, daß die Behörden „ihnen wurden, was ihres Amtes ist“.

Die Wahlen und das Kleinbürgertum in Frankreich.

Die Wahlen in Frankreich haben die Befürchtungen, welche die hochgehenden Wogen der Affaire Dreyfus-Jola ermeden mußten, gründlich zerstört und bewiesen, daß der Sozialismus auch im Lande der blutigen Woge eine so starke Macht geworden ist, daß auch der kapitalistisch-militärisch-jesuitische Dreikönig ihn nicht mehr aus dem Sattel werfen kann. Ein imposanter Stimmzuwachs — die Biffer, die noch nicht genau festgestellt ist, ist Nebenache — und daneben die Zahl der Mandate, wenn nicht vermehrt, so doch im alten Besitzbestand behauptet — was angesichts der perfekten demagogischen Umtriebe der Giscard-Rochefort-Bande diesmal so viel bedeutet, als sonst erstklassige Neuwahlen — daneben ein unverkennbarer Zug nach links in der Zusammenkunft der Kammer überhaut; damit kann man bei der gegenwärtigen Lage schon zufrieden sein. Die Niederlagen von Guéde und Faure aber, wovon übrigens der erstere voraussetzungslos im zweiten Wahlgang noch gewählt werden dürfte, wird durch den skandalösen Durchfall der Rochefortschen Kandidaturen, von denen nur zwei bisherige Abgeordnete wiedergewählt wurden, mehr als ausgeglichen.

Der Sozialismus, lautet uns und damit meinen wir den proletarischen, nicht den kleinbürgerlichen, der in Frankreich so lange Zeit den edlen triebte und hemmte. In einer interessanten Abhandlung von Dr. Ludwig Schreiber, die während der Prozeß Jola sich abspielte, die Wiener W. Fr. P. veröffentlicht, führt der Autor u. a. aus, daß in Frankreich das Kleinbürgertum infolge der eigenartigen ökonomischen Struktur des Landes, ferner wegen der außerordentlich günstigen Vermögensverteilung, endlich auch zufolge der Einschränkung der Kinderzahl, die auch im Kleinbürgertum sich eingebürgert hat, ein viel größerer und dauernder Aktionsgebiet und eine viel festerer Widerstandsfähigkeit besitzt als in anderen Ländern.

Ueber die bedeutende Ausdehnung des Kleinbetriebes im französischen Gewerbe und Handel giebt die Bevölkerungs- und Gewerbeverhältnisse überraschende Aufschlüsse. So z. B. spielt der Kleinbetrieb in der Lyoner Seidenindustrie noch immer eine hervorragende Rolle, ebenso in einzelnen Pariser Industrien, wie in der Kunstschneiderei des Faubourg St. Antoine u. i. m., worüber mehrere wissenschaftliche Monographien näher Aufschluß geben. Das große Buch der französischen Staatschuld weist vier Millionen Rentner auf, gegen 240 000 in England.

Der Umgestaltungsvorgang des Kleinbetriebes und der Kampf um die Unabhängigkeit des Kleinbürgertums in Frankreich ist daher vielfach noch im vollen Zuge. Dessen Proletarisierung ist lange nicht so weit fortgeschritten als in England, das um 50 Jahre der Maschinenindustrie voraus ist, und selbst in Deutschland, dessen Großindustrie sich in der ökonomischen Entwicklung eine maßgebende Stellung erworben hat.

Demgemäß hatte auch der Sozialismus in Frankreich lange Zeit einen vorwiegend kleinbürgerlichen Charakter, das proletarische Element spielte nur eine geringe Rolle, was uns ja aus den Schriften von Marx bekannt ist. Dieses Kräfteverhältnis innerhalb des französischen Sozialismus mußte sich naturgemäß mit dem Wachstum des Großkapita-

lismus zu gunsten des proletarischen Elements mehr und mehr verschieben. Konflikte konnten nicht ausbleiben, sobald die heterogenen (einander widerstrebenden) ökonomischen Interessen beider Klassen in Frage kamen, während sie doch wieder von der politischen Interessengemeinschaft zusammengehalten wurden. Der Charakter der „Wahlverwandtschaft“ von Proletariat und Kleinbürgertum enthielt deutlich der Juni-Austrag von Jahre 1848. In der Februarrevolution noch agierten beide gemeinsam, dann aber sagte sich das über die „nutzlose Geldverwendung“ in den Nationalversammlungen während des Kleinbürgertum von seinen Alliierten los, die Juni-Revolution war ausschließlich eine Erhebung des enttäuschten brotlosen Proletariats. Aber der Staatsstreik und die politische Reaktion unter dem zweiten Kaiserium hatten die Erinnerung an diese Episode bald verwischt. Das politische Bündnis zwischen Arbeitern und Kleinbürgern schloß sich wieder zusammen. Diese Gemeinsamkeit hat Jahrzehnte gedauert. Innerhalb derselben aber wog sich auch die Spaltung einer ansehnlichen Teils des Kleinbürgertums, obgleich diese Delfestaltung nicht eben besonders hervortrat.

Das französische Kleinbürgertum ist an politischer Einheit und Freizügigkeit dem deutschen untreu überlegen. Die Revolutionen und die frühe Einführung des allgemeinen Stimmrechts haben, wie Schreiber sagt, die egalitären Instikte der unteren Schichten genedt und ausgebildet. Der Freizügigkeitsdrang beherrscht alle Schichten der Bevölkerung in ungewöhnlichem Maße. Daraus erklärt es sich, daß bei wiederholten Anlässen das Kleinbürgertum Schulleiter an Schulleiter mit dem Proletariat kämpfte, daß es über die ökonomischen Interessengänge hinwegsetzte, weil es erkannte, daß es mit dem Proletariat die gleichen politischen Interessen hat.

Dafür zeugt nun auch das günstige Ergebnis der Wahlen vom 8. Mai. In daselbe emeritis zweifellos der fortschreitenden Delfestaltung des Kleinbürgertums zuzuschreiben, so andererseits sicherlich auch der politischen Aufklärung desselben, die es vor den Unzulänglichkeiten reaktionärer Demagogie bewachte und es auf die Seite des heutigen Tages ausgesprochen proletarischen Sozialismus zog. Wo bei noch besonders der Umstand anzuführen ist, daß der französische Sozialismus ebenso wie der deutsche nicht bloß Zukunftsziele verfolgt, sondern in der Gewerkschaftsbewegung für ökonomische Gegenwartsinteressen des Proletariats kräftig kämpft.

Bei den deutschen Reichstagswahlen am 16. u. 24. Juni wird es sich zeigen, inwieweit unser Kleinbürgertum hierin noch gegen das französische zurückgeblieben und inwieweit es seit 1893 an politischer Ausklärung und Verstandigkeit fortgeschritten ist.

Tagesgeschichte.

Zur Getreideenerzeugung schreibt die Nationalliberale Korrespondenz: Die Getreidepreise haben jetzt ansehnlich ihre Höhe erreicht, der Weizenpreis mit 262 M., der Roggenpreis mit 176 M. auf die Tonne. Stellt man daneben die Getreidepreise vom 23. Mai des vorigen Jahres, so zeigt sich, daß jetzt der Roggen um 55 M., der Weizen aber um mehr als 100 M. höher steht.

Der Umstand, daß die Getreidezölle ein Hindernis sind für die Beschaffung billigeren Brotfornens und daß die Zunker wie die Regierung sich weigern, die Getreidezölle zu suspendieren, hindert dieselben Nationalliberalen, die den Kostendruck zu konstatieren sich genötigt sehen, nicht, die auf weitere Preiserhöhung gerichteten agrarischen Bestrebungen zu unterstützen.

Die Presse und der „grobe Unfug“. Der Petitionsausschuß der bairischen Kammer der Abgeordneten hat beschlossen, im Plenum zu beantragen, die Petition des Münchener Journalisten- und Schriftstellervereins gegen die heutige Anwendung des großen Unfugparagrafen auf die Presse der Regierung zur Kenntnisnahme zu übergeben. Der Regierungsvertreter soll, wie die Frankfurter Zeitung erfährt, erklärt haben, die Angelegenheit werde in Erwägung und

Behandlung genommen werden, wenn das Bürgerliche Gesetzbuch eingeführt ist. Es ist aber durchaus nicht abzusehen, was der „grobe Unfug“ mit dem bürgerlichen Recht zu schaffen haben soll.

Wahlkampf.

Ein famoser Reichstagskandidat ist der Oberbürgermeister Segelmaier von Heilbronn, der erst nach langem Kampfen wieder für geistig intakt erklärte. Der es nur bez unbestimmten Stellung unterer Weisung verbannt, daß er nicht moralisch vollständig tot ist. Die bürgerlichen Kollegen hatten ihm mitgeteilt, daß sie die Annahme eines Reichstagsmandats mit der Stellung eines Stadtverordneten für unvermeidbar halten und befragen müßten, wenn der naturlich hergestellte Friede in der Bürgergarde aus neue geführt werde. Doch Segelmaier entgegnete, er würde dann nur zurücktreten, wenn an seine Stelle ein Kandidat trete, auf welchen sich sämtliche konservierenden Parteien den immer weiter um sich greifenden Bestrebungen der Sozialdemokratie gegenüber vereinigen können und der insbesondere auch in der Lage ist, unsere Stadt Heilbronn würdig zu vertreten. Andernfalls halte ich es für meine patriotische Pflicht, mich unter den im hiesigen Wahlkreis gegebenen Umjänden zur Verfügung zu stellen.“ Segelmaier giebt sich als gemäßigter Kandidat der Nationalliberalen, der Konservativen und des Zentrum und seine Kandidatur ist nicht ungeschicklich. Bekannt ist ein mutterberühmtes Blatt: Für die 6. Wählergruppe (Kleinbürger) ist es ja gleich, ob der Heilbronn Kandidat oder in einer Berliner Wogage seinen Weg irrt, sie haben im letzten Falle wenigstens den Vorteil, daß sie ihn nicht beimzuführen brauchen.

Soziales.

— Von den Zinnen, die in Berliner Hotels fester, und mit denen diese arbeiten, giebt die Beschreibung des „Kontinental Hotels“ eine Vorlesung. Wie die Gostwärts Zeitung mitteilt, berichte der Vorsitzende der Berliner Hotelgesellschaft in der letzten Generalversammlung, daß das „Kontinental Hotel“ in den letzten fünf Jahren mit Ausnahme des Aufstellungsjahres nur mit Verlusten gearbeitet habe. Diese betragen jährlich 73 000, 100 000, 56 000, 44 000 und 120 000 M. Die Hotelgesellschaft will daher die Hotelwirtschaft auf den „Kaufhof“ beschränken und das Kontinental-Hotel an den Sozialisten Abkon verpacken. Sie glaubt, die Wirtschaft werde besser gehen, wenn der Leiter im Hotel wohne. Der Badewerker läuft vom 1. Oktober d. J. bis zum 30. September 1905 mit einem Optionsrecht bis zum 30. September 1912. Die Pachtsumme beträgt jährlich 130 000 M. und ist in Monatsraten zahlbar. Dem Pächter steht es jederzeit frei, das Hotel unter Übernahme von darauf eingetragenen 2 000 000 Mark Hypothekensummen zu einem Preise von 3 350 000 Mark käuflich zu erwerben. Borräte und Inventar gehen an den Pächter über.

Parteinachrichten.

— Bei der Gewerbegerichtsversammlung in Braunschweig regte die Liste des Gewerkschaftsvereins mit 2032 Stimmen. Bei der vorigen Versammlung war nur eine Stimmzahl von 1883 zu verzeichnen. Die Zunahme darf als ein gutes Zeichen für den Ausgang der Reichstagswahlen betrachtet werden.

Arbeiterbewegung.

In einer Textilarbeiter-Versammlung in Neudorf bei Greiz hatte der 19jährige Wirtshausgehilfe Zeiser, der Sohn des Besitzers des Versammlungslokals, Kleinrentner vorredet und auf einer Wahl teilgenommen. Da in der Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert worden sein sollen, wie welche das rechtliche Gesetz vorredet, daß von der Teilnahme Frauen und Minderjährige gänzlich ausgeschlossen seien, so erhielt der Vorsitzende der Versammlung der Weber Feder, ein auf 3 M. lautendes Stimmanbot, weil er den minderjährigen Zeiser im Sozial anerkannt hatte, und dieser selbst erhielt wegen Teilnahme an der Versammlung ein Stimmanbot in gleicher Höhe. Beide riefen rüchelnde Einschreibung an das Schöffengericht in Greiz bestätigte aber die Strafmandate. Das hier in Frage kommende rechtliche Gesetz, das am reaktionären Schöffenrat loger das Sozial anerkannt hatte, und dieser selbst erhielt wegen Teilnahme an der Versammlung ein Stimmanbot in gleicher Höhe. Beide riefen rüchelnde Einschreibung an das Schöffengericht in Greiz bestätigte aber die Strafmandate. Das hier in Frage kommende rechtliche Gesetz, das am reaktionären Schöffenrat loger das Sozial anerkannt hatte, und dieser selbst erhielt wegen Teilnahme an der Versammlung ein Stimmanbot in gleicher Höhe. Beide riefen rüchelnde Einschreibung an das Schöffengericht in Greiz bestätigte aber die Strafmandate.

Die Handbühnenmacher in Danzig haben den Fabrikanten eine Taxe unterbreitet, der einen erhöhten Schmittpreis fordert. Die Nummerer in Lublinburg treffen beifalls Erlangung von 35 M. Stundenlohn.

H.
Elkan.

Schuhwaren

in Schwarz, Gelb, Grün, Segeltuch und Lasting.

Für Herren Schuhe.

„ Damen „

„ Mädchen „

„ Knaben „

„ Kinder „

H.
Elkan.



Mehrere 1000 Paare trotz der steigenden Ladenpreise zu bedeutend billigeren Preisen.

Führe hauptsächlich genagelte dauerhafte Schuhe, da die sogenannten mechanischen Fabrik-Schuhwaren oft nur gepappt sind.

Täglicher Umsatz 200 bis 300 Paare,

ein Beweis des grossen Zuspruchs meiner Schuhwaren.

H. Elkan, Warenhaus ersten Ranges

Leipzigerstrasse 87.

Zum Wunischer Tischlerkreis. In einer Versammlung der Ausstandigen wurde am Sonnabend folgender Beschlus gefat: Die verarmten streikenden und ausgeperrten Schreinergehilfen urfen: 1. In allen ihren Verhaltungen, wo die Vereinbarungen amfischen Weitern und Gehilfen ausbleiben, werden die Arbeit am Montag, den 16. Mai, wieder aufnehmen zu wollen. 2. Dagegen erklaren die Versammelten, die noch in Betracht kommenden Verhaltungen der Bau- und der Zimmermeister auf das Freigeite zu meiden, indem diese unter allen Umstanden die schuldige Arbeitslosigkeit urckfur erhalten wollen. Des ferneren verpflichten sich die in Arbeit tretenden Kollegen, ihre Arbeiten fur die genannten Verhaltungen zu machen bzw. solche energisch zururckzuweisen. Die Versammelten verpflichten sich, die Wunischer Anstandler desolventen Steuer von wochentlich 1 Mk. so lange zu zahlen, als noch Kollegen sich im Auslande befinden. Es moglich sein, als noch Ausgeperrte eine hohere Unterstutzung furckfur zu beschreiben werden. Die Hohle bestimmt die Lohnkommission. Es wird allen Kollegen zur strengsten Pflicht gemacht, die nunmehr in der Werkstattordnung niedergelegten Vereinbarungen genau einzuhalten. Sollen sich Anstandler in irgend einem Punkte ergehen, so haben die Kollegen die Pflicht, dies sofort bei der Lohnkommission zu melden. Zum Schlu verpflichten sich die Kollegen, Mann fur Mann an der Organisation festzuhalten.

150 Steinarbeiter sind in 7 Orten des Reichsgebietes im Auslande. Die Unternehmer verlangten den Austritt aus der Organisation, unterstutzung der Arbeiter. Der Streik der Steinarbeiter von Striegau und Balstadt ist beendet. Die Leute erzielten eine 12-15prozentige Lohnerhohung, Regelung und urckfur einer 10tundigen Arbeitszeit. Einfuhrung eines Tarifs auf 1 Jahr und zur Beibehaltung der bestehenden Vorteile. Die Arbeiter sind in 10tundigen Arbeitszeiten, mit den Rechten der Arbeiter. Der noch zu bestimmende Unternehmerverband ist geknurp. Beteiligt am Auslande waren circa 800 Mann von 16 Betrieben und 14 Unternehmern.

Die Schiffer in Bremer befinden sich seit einiger Zeit im Auslande, um ihre muelose Berufsarbeit eine bessere Entlohnung zu erzielen.

Ausland.

Chenais. Der ich weitliche Typographieband hat zu Anstand in Chenais. Die Generalversammlung, ob, auf deren Tagesordnung u. a. stehen: Unerkennung mit dem Streik der Buchdruckereigehilfen wegen der Schmalzmaschine, Erhohung der Reise- und Arbeitslohnunterstutzung, letztere von 2 auf 250 fr. pro Tag. Vergroerung des Vereinsorgans „Le Petit Typographe“. Abschluss eines Kollektivversicherungsvertrages mit einer Versicherungs-gesellschaft in dem Sinne, das auf den Todesfall 1000 fr. ausbezahlt werden, wurde die Pramien aus der Vereinskasse zu bezahlen wurden. Die Schmiede und Wagner in Huel erklaren durch ihren Streik die Versammlung notwendig. Die Versammlung von den meisten Unternehmern. Es handelte sich um den 3tundigen, Abschaffung von Post und Logis bei den Weibern, tadliche Lohnzahlung, Lohnzahlung von 25-50 Brod, fur Ueberzeit und Sonntagsarbeit. Freigabe des 1. Mai. Benutzung des Arbeitsnachweises des Fabrikanten. Verherung der Arbeiter gegen Unfall bei gemeinschaftlicher Bewegung der Arbeiter. Die Mannen von Gent (Belgien) haben wegen verweigerter Lohnerhohung den Gesamtzustand beschloen. Es sind bis jetzt etwa 12000 ausstandig; sie verfugen uber eine gute Organisation und gefullte Kassen.

Provinzielles.

Zeit. Ratung, Wasser. Da die hiesigen Glaser in ein Lohnbewegung getreten sind, haben die Arbeiter in allen Waitern Glasergehilfen und hauptstachlich Fischer fur Fernersuchen. Waiter Kollegen und Genossen! Wir machen euch hierdurch auf dies aufmerksam, da wir bereits die Ratung eingereicht haben. Unsere Forderungen sind: Einfuhrung eines einheitlichen Lohn-tarifs, da noch keine am Plage ist. 10tundige Arbeitszeit und Anerkennung unserer Arbeitsnachweise. Gotmoglichst wird der Kampf schwer, jedoch haben wir die beste Hoffnung auf den Sieg, da die Bauhandwerker eine sehr rege ist. Die Stimmung unter den Kollegen ist gut. Organisiert sind alle. Sollte es hier zum Auslande kommen, da am Sonnabend die Ratung ab-schliet, so erklaren wir die Einmutter und Genossen so viel wie moglich zu unterstutzen. Anbei eine kleine Annonce vom Zeiger Anzeiger.

Luchige Bauhandwerker werden gesucht bei hohem Lohn u. i. w. Otto Weer, Glaser mit Motorbetrieb.

Selbiger Weer liet es sich nicht nehmen, seinen Kollegen zum Streikbrecher anzuhalten, indem er sich nicht an dem Streikbrecher teil nehmen will als ein Landesverrater. Wir machen die Kollegen auf vordringende Notiz aufmerksam und bitten, nur unteren Arbeitsnachweis zu benutzen. Verberge und Arbeitsnachweis befinden sich in Weers Lokal, Schaarstr. 4. Alle arbeiterfeindlichen Waiter werden um Abdruck gebeten.

Die Lohn-Kommission der Glasergehilfen von Zeit und Ungegend.

Kleinere Provinzial-Nachrichten.

In Eisenbahn fand am Montag fruh 5 Uhr wieder eine Erdbeerhutung statt, wodurch von einem Stand in der Gohlbahn-

stunde der Bus sowie verdrangte Steine herausfielen. — Auf der Fahrt nach Seiffersfeld fiel ein Schloerriegel in einem Coupee 4. Klasse uber die vordringende Seite eines Mitreisenden und brach dabei den linken Unterarm. — Beim Ausbreiten erhielt in Seiffersfeld die Arbeiterin Schur von einem Beschloen einen heftigen Schlag gegen den Kopf. Die Scheldecke war schwer verletzt. — In Stendal wurde ein dreijahriges Arbeiterkind von einem Hohlwagen uberfahren und war gleich darauf tot. — Durch den Stob beim Anhalten des Zuges wurde in Klein-Wittenberg eine Geringverdienende von der Plattform der 4. Wagenklasse herabgeworfen und erlitt eine schwere Gehirnerschutterung. — Das 5jahrige Sohnchen des Zimmerers Rotte in Wittenberg kam dem Oten zu nahe. Das Gembchen, mit dem das Kind nur bekleidet war, fing Feuer und im Nu hand das arme Weib in Flammen. Trotz der schweren Verletzungen hofft man das Kind am Leben zu erhalten. — Wegen verdrangter Liebe kurzte sich in Wittenberg ein 18jahriges Waidchen in die Elbe. Sie wurde jedoch bemerkt und aus Ufer gebracht. — In Buxtehude fiel ein 86jahriges Sandwider von der Leiter und erlitt drei Bein- und Armbruche und sonstige innere Verletzungen. Nach 45 Stunden war er tot. — Beim Ausweichen stolperte in Raudorf ein Sandwiderstein und wurde von einem dadurch schwer gewordenen Weib gegen den Rucken geschlagen. Seine Verletzungen sind bedenklich. — Beim Durchfahren wurde in Charlottenberg ein Waidler von einem Pferdehund um Hals gefaen und erstickt. Der Waidler musste sich in tadliche Hilge begeben. Dem Besitzer des Hundes durfte die Saue teuer zu stehen kommen. —

Zur Organisation der Listendurchschat.

Ein nachgezeichneten Stellen kann jeder Wahlberechtigte, sofern es ihm nicht selbst moglich ist, Einsicht in die Wahlerliste zu nehmen, seine Adresse niederlegen, bezus Kontrolle, ob sein Name in der Wahlerliste enthalten ist. Es empfiehlt sich, das jede Adresse auf einen besonderen Zettel geschrieben wird, weil dann die Revision weniger Zeit in Anspruch nimmt. Werden in einer Fabrik, einer Werkstatt oder einem Kontor mehrere Adressen auf ein Blatt geschrieben, so ist streng darauf zu achten, das das Blatt nur auf einer Seite beschrieben wird und das zwischen den einzelnen Adressen so viel Raum bleibt, das das Blatt in einzelne Streifen mit je einem Namen zerlegt werden kann. Darum muss auch jede Adresse fur sich vollstandig sein. Nicht diesen Streife in Anwendung kommen, wenn der Nachfolgende etwa auf derselben Strae wohnt oder den gleichen Vornamen tragt wie der Vordermann.

Die Adressen konnen schon jetzt abgegeben werden. In, es ist wunschenstern, das bis zum 18. Mai, dem Beginn der Listenauslegung, sämtliche Adressen abgegeben sind. Die Angaben mussen in folgender Reihenfolge gemacht werden: **Name, Vorname, Adresse n. Hausnummer.** Adressen nehmen entgegen:

- In Halle:**
- Boigts Restaurant, Ecke der Schloer- u. Merseburgerstr.
- Reincke, Restaur., Merseburgerstr., gegenuber Voelks Hof.
- Lehmanns Restaurant, Merseburgerstr. 26.
- Gauisch, Gartenhandlung, Merseburgerstr. 21.
- Albrecht, Gartenhandlung, Lindenstr. 63.
- Rehner, Restaurant, Wambergstr. 12.
- Waidler, Restaurant, Marktstr. 14.
- Werner's Restaurant, Berkers Berg.
- Schulze's Restaurant, Bollbergweg 5.
- Stejskals Restaurant, Glauchaerstr. 33.
- West, Metzler des Gieb., Konsum-Vereins, Glauchaerstr.
- Tranf, Billale des Gieb., Konsum-Vereins, Glauchaerstr.
- Geinrich, Gartenhandlung, Glauchaerstr. 66.
- Schubmanns Restaurant, Heffenerstr. 23.
- Weyers Restaurant, Moritzgang 4.
- Stuhler, Billale des Gieb., Jakobstr. 15.
- Burder, Waiter, Schlohof 1.
- Waidler's Restaurant, Marktstr. 11.
- Muller's Restaurant, Groe Klausstr. 22.
- Gerner's Restaurant, Groeweg 15.
- Groth's Restaurant, Handelpark, Nikolastr. 30.
- Streichers Restaur., Drei Ronge, R. Ulrichstr. 30.
- Singens Restaurant, Groe Ulrichstr. 50 l.
- Volkshaushandlung, Holbergstr. 1.
- Canow, Gartenhandlung, Weiffstr. 5.
- Schlemmings Restaurant, Weiffstr. 3.
- Erpedition des Volkskassens, Weiffstr. 21, l. Hof.
- Schmidts Restaurant, Wambergstr. 24.
- Saunemanns Restaurant, Gartenstr. 7.
- Gebeling, Gartenhandlung, Groe Steinstr. 23.
- Jahn's Restaurant, Martinsberg 5.
- Schulmuller's Restaurant, Waqdeburgerstr. 30.
- Neufauts Restaurant, Waiterstr. Eck Kubagasse.

- Gerrmann, Lagerhalter, Verkaufsstelle des Allgemeinen Konsum-Vereins, Thalantstr. 10.
- In Giebichenstein:
- Konsum-Verein, Giebichensteinstr. 10.
- Waidler's Restaurant, Eisenstr.
- Wassle, Billale des Gieb., Adolfsstr. 8.
- In Trotha:
- Riesche, Konsum-Verein.
- Berthold's Restaurant.
- In Seiffersfeld:
- Billale des Giebichensteiner Konsum-Vereins.
- In Nietleben:
- Riegler, Konsum-Verein.
- Schlieber, Waiter.
- In Mummenort:
- Billale, Konsum-Verein.
- In Bollberg:
- Conrad, Verkaufsstelle des Giebichensteiner Konsum-Vereins.

Verwaltungsberichte.

Handelskassensarbeiter. Eine schmerzliche Besuche Versammlung der Haus- und Gehilfenbediener, Marktweber, Bader und Aufseher tagte am Sonntag, den 15. April, im Englischen Hof. Fur den durch Krankheit am Ergahen verdrangten Kollegen Stange-Beilug referierte G. E. L. Schloer, ermahnt die Anwesenden, keine zu langen, das die vielen Waiter, unter welchen die Handelskassensarbeiter zu leben haben, abgeschafft werden. Nachdem bebauert Kollege V. a. n. d. die Interessiertheit der Kollegen auf wirtschaftlichem Gebiet. Bringen ermahnt er die Anwesenden, dahin zu wirken, das die Gehilfenbediener in die Rumpelkammer geworfen werden. Die lange Arbeitszeit, welche hier in Halle in groen Mastabe vorhanden ist, ist nur auf die Billigkeit der Kollegen zururckzufur, selbst durch Reichsgerichts-rungssamt in eine Arbeitszeit von 12-16 Std. festgelegt worden. Zugleich wird Redner auf ein groes Verdrangnis hingewiesen, in welchem Sandwider noch nach 12 Uhr hatig sind. Hieraus ergibt sich ein jeder Kollege, wie sie in der heftigsten Art und Weise von den Gehilfenbedienern ausgezogen werden. Einer Kommission, bestehend aus den Kollegen S. m. o. r., V. a. n. d. u. a. u. m. a. n. u. wurde es ubertragen, zu kontrollieren, inwiefern die Gehilfenbediener die gesetzliche Sonntagsruhe einhalten. Nachdem noch auf die Reichsgerichts-rungssamt aufmerksam gemacht und jedem Kollegen die Pflicht auferlegt wurde, seine Stimme nur dem Arbeiterverbanden zu geben, trauer am Schlu der Versammlung neun Kollegen dem Vereine bei. W. E.

Aus dem Reiche.

Berlin. In dem mehrfach erwahnten Proze des Frau. S. gegen den Bauunternehmer Haberstro hatte diele eine Bindung vorgenommen und Herr Rechtsanwalt Dr. Wallen, den, hatte zu sagen, das die vielen Waiter, unter welchen die gehilfenbedienern stehen, geturck und unterlassen, in der Auf- und Uebersturck diele mit „Fruelen“ anzuregen, wogegen sie bei dem Konig, Amtsgericht I in Berlin Beschwerde furte. Daselbst tagt ihr hierauf unterm 24. April d. S. folgenden „Beschlu“ gegeben haben:

Beschlu:

Die Privatklage des Frauen S. hier gegen den Rechtsanwalt Dr. Wallen hier, welcher beschuldigt wird, Klagen dadurch beliebt zu haben, das er ein Anfordernungs-schreiben betr. Fruliche gehilfenbediener Sachen 16. 11. 1898 mit der Aufschrift: „An die unbederliche Kuberin Marie S.“ versehen, an sie abhante — ist lostenpflichtig zururckzuweisen, denn offenbar fehlt dem Ange-schuldigten das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit, es liegt aber auch offenbar keine Verletzung vor.

Wallen hat seinen Rechtsanspruch auf den Titel Fraulein, wie ein solcher etwa nach der Inkraftsetzung von 30. Mai 1820 (1) betr. die unmittelbaren burcklichen Reichshande bis auf die resp. Titularurteilst.

Die vom Ange-schuldigten gebrauchte Anredeweise ist all-gemein (1) in Anstands-schreiben hufig, und wenn auch vielleicht (1) nicht mehr recht den heutigen An-sprechens des Publikums entsprechend, doch in keiner Weise rechtswidrig. § 503 Strafprozeordnung rechtfertigt die Rollenentscheidung.

Berlin, den 24. April 1898.

Konigliches Amtsgericht I

Mag. Dr. Kramer.

Man scheint doch nicht mit gleichem Ma zu messen! — Uns ist ein Fall bekannt, das eine arme Bettlerin bei einem Schreiben an den gegenwaitigen Anwalt, auf der Adresse das Wort „Gehilfenbediener“ vergessen hatte, infolgedessen der Herr Rechts-anwalt Klage erbob, und die fast mittellose Frau aus dem Arbeiterhande „von Rechts wegen“ zu drei Mark Geldstrafe oder einem Tage Haft verurteilt wurde.

Leitung:

Demunde, von Arbeitern, die Zeit Amert lieben, 3.60 Mark. Schur.

Fur die Redaktion beantwortet: A. Weismann in Halle

Samtliche Schneider-Bedarfsartikel in nur guten Qualitaten empfiehlt zu billigsten Preisen **Wilhelm Nellen** Oleariusstrasse 5, l.

Auf vielseitigen Wunsch und mit Genehmigung des Direktoriums des Stadtischen Museums fur Kunst und Kunstgewerbe bleibt die **Ausstellung moderner Kunststickereien** hergestellt auf der **Singer Nahmaschine** im Stadtischen Museum Halle a. S., Gr. Berlin II, im Aichamt I. Stock **noch am Sonntag den 22. Mai** und zwar von 10—5 Uhr geoffnet. Eintritt frei. **Singer Co. Act. Ges.** Fruhere Firma: G. Neidlinger.

Hamburger Hut-Bazar. Jeder gut 2.30 Mk. im alten Rathaus.

Blitzblank putzt man alle Metalle augenblicklich und glanzlich muelos mit dem in fast allen Landern ruhmlichst bekannten und beliebtesten Putzmittel **Weisser Metall-Putz.** Weisser Metall-Putz ist Preisgekront und eine Gute und hochst vollendeter Putz-kraft bis jetzt **unubertrroffen!** Schmitt & Forderer Wahlrothen-Kemmel. Vertreter: Wilhelm Curds, Halle a. S., — Engros-Niederlage in Halle a. S.: Adler & Co., — Groh. Buttermarkt, Dobner Herrmanns; F. A. H. Walter, Herronstra.; J. F. Webers Nachf. — A. Reichardt Jr., Giebichenstein.

Ueberall zu haben.

WEISSER METALLPUTZ SCHMITT & FORDERER Wahlrothen-Kemmel Preisgekront

Verlag und fur die Inhalte verantwortlich: August Gro. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Druckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.